AZ 8501 Frauenfeld | Nr. 263 | Fr. 5.00

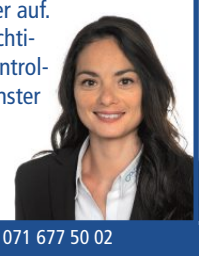
Thurgauer Zeitung

thurgauerzeitung.ch



Strukturelles Defizit
Der Stadt Bischofszell stehen finanziell herausfordernde Zeiten bevor. **Oberthurgau**

HC Thurgau zeigt Krallen
Gegen La Chaux-de-Fonds resultiert ein emotionaler 5:3-Heimsieg. **Sport**

GOLDINGER Immobilien
Immo-Tipp der Woche
Im Herbst fallen Feuchtigkeit und Gerüche stärker auf. Lüften Sie vor Besichtigungen gut und kontrollieren Sie Keller, Fenster und Aussenwände.

Janette Ortner
Standortleiterin
goldinger.ch – 071 677 50 02

Die Aktivistinnen hinter der Mahnwache

Opferschutz Seit die Sitzungen des Thurgauer Grossen Rats in Weinfelden stattfinden, scheinen sie noch mehr Aufmerksamkeit zu gewinnen: die Aktivistinnen des Feministischen Streikkollektivs Thurgau. Sie halten seit April dieses Jahres jeweils Mahnwachen und wollen damit auf Gewalt an Frauen aufmerksam machen und Druck aufbauen, dass die Thurgauer Politik sich stärker für ein Frauenhaus einsetzt. An der letzten Parlamentssitzung forderte die SVP-Fraktion ein Ende dieser Mahnwachen. Im Interview erzählen drei Mitglieder des Kollektivs, was diese Forderung mit ihnen gemacht hat. «Solche Angriffe sind Teil des Problems», sagen sie. «Wir werden auf jeden Fall weitermachen.» Sie erklären, dass ihre Beharrlichkeit auch mit dem starken Rückhalt in der Bevölkerung zu tun habe. Dass sie ausgerechnet in diesem Jahr so präsent sind, habe sich eher durch Zufall ergeben. *(viv)* **Thurgau**

Salzkorn

Gefahr droht der Menschheit von allen Seiten: Auf der Redaktion flattert eine E-Mail herein, die den Winterurlaub zu zweit bedroht sieht. «Rund zwei Drittel der Frauen und etwa vier von zehn Männern in der Schweiz fühlen sich vom Schnarchen ihrer Partnerin oder ihres Partners gestört», schreibt die PR-Agentur. «Wer deshalb auf getrennte Hotelzimmer ausweicht, muss mit deutlich höheren Kosten als für ein Doppelzimmer rechnen.» Die Lösung sei eine bestimmte «zahnärztliche Anti-Schnarch-Schiene».

Schön und gut, bloss sind Zahnärzte selber nicht gerade bekannt dafür, die günstigsten Rechnungen zu verschicken. Doch bei der Suche nach preiswerten Schnarchbekämpfungsprodukten im Internet kommen erst recht Zweifel auf. Da gibt's Rucksäcke, die nebst dem Schnarchen gleich auch den Schlaf verhindern. Bestechend simpel, aber nur etwas für Hartgesottene. Da wirkt ein zweites Hotelzimmer direkt wieder sympathisch. *av*

ANZEIGE
HÜSLER NEST
10% Rabatt
Komfortwochen bis 28.11.26
BADERTSCHER
9215 Schönenberg | T 071 642 45 30
www.badertscherag.ch

Blind wegen Abnehmspritze: Auch die Schweiz warnt

Die USA weisen auf eine seltene Nebenwirkung hin. Hier wurde die Packungsbeilage ebenfalls angepasst.

Pascal Michel

Die amerikanische Gesundheitsbehörde FDA hat am Montag veranlasst, dass die Packungsbeilage der Abnehmspritzen mit einem Warnhinweis versehen werden. Denn die sogenannten GLP-1-Rezeptoragonisten stehen im Verdacht, das Risiko für eine seltene, schwere Augenerkrankung zu erhöhen. Diese trägt den komplizierten Namen «nichtarteriitische anteriore ischämische Optikusneuropathie», kurz NAION.

Wer daran leidet, stellt plötzlich fest, dass die Sicht verschwimmt und blinde Flecken im Sehfeld auftauchen. Der Grund ist der Ausfall der Blutversorgung des Sehnervs. Dies kann bis zum permanenten Sehverlust führen. Auch in der Schweiz sind die Behörden, weitgehend unbeachtet von der Öffentlichkeit, diesen Frühling aktiv geworden. Für Semaglutid-Spritzen wie Wegovy hat Swissmedic einen Warnhinweis ergänzt, wie ein Sprecher auf Anfrage dieser Zeitung bestätigt.

Neu heisst es in der Packungsbeilage, die Produkte gingen mit einem «erhöhten Risiko» für die Augenkrankheit einher. Bei plötzlichem Verlust des Sehvermögens solle eine augenärztliche Untersuchung erfolgen. Wenn die Krankheit bestätigt werde, solle man die Behandlung abbrechen – allerdings erst nach Rücksprache mit einem Arzt. Die neuen Warnhinweise werfen ein Licht auf ein relevantes Problem. Gerade weil so viele Menschen weltweit die Abnehmspritzen nutzen, sind die Gesundheitsbehörden gefordert, genau hinzuschauen. Denn selbst seltene Nebenwirkungen können eine beträchtliche Zahl an Betroffenen generieren, wenn Millionen von Menschen ein Medikament nehmen. **Wirtschaft**

Garnelen frisch aus dem Thurgau



Wo einst Hühner scharrten, schwimmen heute Shrimps: Familie Fillinger züchtet auf ihrem Landwirtschaftsbetrieb in Wagerswil regionale Garnelen – nachhaltig und ohne Antibiotika. **Weinfelden**

Bild: Benjamin Manser

Selenski lobt Treffen mit Russland

Abu Dhabi Der ukrainische Präsident Wolodimir Selenski hat den ersten Tag der Gespräche mit Russland als «konstruktiv und substanziell» bezeichnet. Im Mittelpunkt des vierstündigen Treffens unter Vermittlung der USA in Abu Dhabi hätten humanitäre Fragen gestanden. Als Beispiel nannte Selenski, der nicht selbst an den Gesprächen teilnimmt, etwa den Austausch von Gefangenen. Eine zweite Gesprächsrunde ist für heute geplant. Wer für Russland am Verhandlungstisch sitzt, verrät einiges über die Absichten des Kremls. Die für zwei Tage angesetzten Gespräche sind die ersten direkten Verhandlungen zwischen den beiden Ländern seit mehr als acht Monaten. *(chm/dpa)* **Ausland**

Norweger fehlen im Job mehr als Schweizer

Krankheitsabsenzen Fast sechs Wochen fehlen Norweger im Schnitt wegen Krankheit pro Jahr am Arbeitsplatz, Schweizer dagegen nur elf Tage gemäss einer Studie. Sind die einen weniger arbeitswillig als die anderen? Gesundheitsökonomen widersprechen. «Beeinflusst werden die Absenztage von den Bedingungen des Arbeitsmarkts und gesetzlichen Regelungen», sagt HSG-Professor Alexander Geissler. Entscheidend seien Lohnfortzahlung, Kündigungsschutz und die Regeln für Krankschreibungen. Auch in der Schweiz nehmen die Absenzen seit der Pandemie zu. Arbeitgeber kritisieren Gefälligkeitszeugnisse, Experten sehen das Problem auch bei der Ausbildung der Ärzte. *(Kn.)* **Schwerpunkt**

30046
9 771660 292005

Inhalt
Börse 10
Wetter 10
Comic 11
Denksport 11
TV und Radio 12
Ostevent 13
Traueranzeigen 22

Leserservice: 058 200 55 55 **Redaktion:** 052 728 32 32 **E-Mail:** redaktion@thurgauerzeitung.ch
Inserate: 052 728 32 16 **E-Mail:** inserate-thurgauerzeitung@chmedia.ch

Meine Empfehlung für die Wahl: Marina Bruggmann

«Wahl des Salmsacher Gemeindepräsidiums vom 29. November»

Für das Gemeindepräsidium Salmsach empfehle ich Marina Bruggmann. Sie ist eine erfahrene, konsensfähige Politikerin, die sich mit Engagement, Empathie und sozialem Verantwortungsbewusstsein für die Menschen einsetzt. Sie bringt Erfahrung aus Politik, Gesundheitswesen und der Leitung von Gremien mit. Als ehemalige Vize-Gemeindepräsidentin kennt sie die Anforderungen des Amtes. Sie steht für eine sachliche, lösungsorientierte Politik mit Blick in die Zukunft.

Seit Jahren kenne ich meine Nachbarin als verlässlich, kompetent und aufrichtig. Ich schätze ihre menschliche Art und ihre Überzeugung, dass das Gemeinsame wichtiger ist als das Trennende.

Deshalb wähle ich Marina Bruggmann mit voller Überzeugung und Vertrauen als Gemeindepräsidentin.

Christian Widmer, 8599 Salmsach

Die Pläne der Thurmed machen mir Angst

«Spital-Deal in Wetzikon»

Der Tagesanzeiger vom 30. Oktober behandelt in einer Zweidrittelseite unter dem Titel «Zitterpartie um die Zukunft des Spitals» einen Bericht zum Nachlass des Spitals Wetzikon im Kanton Zürich. Offenbar hat die Thurgauer Thurmed Interesse an einem Investment in diesem maroden Projekt.

Wo sehen die Thurgauer Synergien, welches finanzielle Risiko gehen sie ein? Sollte sich die Thurgauer Spitalgruppe nicht besser auf ihre Tätigkeit im Kanton limitieren und da ihre Mittel einsetzen. Ist es überhaupt sinnvoll, ein solches finanzielles Risiko einzugehen?

Viel zu oft sind solche hochfliegenden Pläne in einem Desaster zu Ende gegangen. Als Einwohner des Kantons, in Frauenfeld wohnhaft, machen mir diese Pläne Angst. Ich habe in meinem Leben als Finanzchef und vormaliger Unternehmungsführer zu oft solche hochfliegende und wieder sterbende Projekte ansehen müssen.

Richard Uhler, 8500 Frauenfeld

Vom System Gebrauch machen

Ich vernehme wiederholt, dass Vertreter anderer Parteien im Kontext der bevorstehenden Bundesratswahlen der SVP einen möglichst schwachen und gemächlichen SVP-Bundesrat bevorzugen. Ist das nicht ein grosser Skandal für unser schweizerisches Politsystem? Warum bestimmt die betreffende Partei, in diesem Fall die SVP, nicht eigenständig den fähigsten und kompetentesten Kandidaten oder die fähigste und kompetenteste Kandidatin?

Jede Partei wäre befähigt, von dem vorliegenden System Gebrauch zu machen.

Rolf Hugelshofer, 9220 Bischofszell

Am Ende des Tages



Leserbild Raoul Waeber fotografierte.

Pascal Mächler in den Stadtrat

«Bischofszeller Stadtratswahlen vom 29. November»

Am Sonntag, 29. November, wähle ich aus voller Überzeugung Pascal Mächler in den Stadtrat von Bischofszell. Mir ist wichtig, dass die SP auch künftig im Stadtrat vertreten ist und die politische Vielfalt gewahrt bleibt. Getreu seinem Motto «Mächler macht's» setzt sich Pascal Mächler mit Herzblut für die Anliegen der Bevölkerung ein. Ich lernte ihn bei seiner Aufnahme in die Bürgergemeinde kennen. Bereits an seiner ersten Bürgerversammlung meldete er sich spontan als Stimmenzähler. Das zeigt seine Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen und sich für unsere Stadt einzusetzen. Ich empfehle Pascal Mächler zur Wahl. Mit ihm gewinnen wir eine engagierte Persönlichkeit und stärken die politische Ausgewogenheit im Stadtrat.

Martin Burri, 9220 Bischofszell

«Die alte Milchkuh Mehrwertsteuer»

«AHV-Zusatzfinanzierung»
Abstimmung am 29. November

Da wurstelt unsere Politik monatelang daran herum, woher das Geld für die 13. AHV-Rente nehmen. Schliesslich soll wieder einmal die alte Milchkuh Mehrwertsteuer drankommen.

Für Asylleerlauf, weitgehend nutzlose Entwicklungshilfe, Kohäsionsmilliarden an die EU usw. ist genug vorhanden. Da kann man es scheinbar locker vom grossen Haufen nehmen.

Für den eigenen Bürger und Steuerzahler ist dann nichts mehr da. Darum schreibe ich bei der Mwst.-Abstimmung ein kräftiges Nein auf den Stimmzettel.

Albert J. Bachmann, 8500 Frauenfeld

Heiratsstrafe in Fairness abschaffen

«Fairness-Initiative»
Abstimmung am 29. November

Mit der Fairness-Initiative wird die Heiratsstrafe abgeschafft ohne neue Ungerechtigkeiten und ohne den riesigen Bürokratieaufwand, den die Individualbesteuerung (IB) auslösen würde. Einverdiener-Ehepaare mit Kindern werden bei der IB benachteiligt, sie müssen mehr Steuern bezahlen als bisher. Das ist ungerecht. Die Fairness-Initative ist gerecht, weil zusätzlich zur Steuer gemäss geltendem Recht jeweils eine alternative Steuerberechnung anhand der Tarife und Abzüge für Unverheiratete vorgenommen und dem Ehepaar anschliessend der niedrigere der beiden Steuerbeträge in Rechnung gestellt wird. Der Bürokratieaufwand steigt bei der Fairness-Initiative nur leicht. Aber bei der IB wird er zum «Bürokratiemonster», weil viel mehr Steuererklärungen bearbeitet werden müssen und diese komplizierter sind, denn der Besitz des Ehepaares (Haus, Wohnung, Auto, Möbel etc.) muss aufgeteilt werden. Das Thurgauer Volk realisierte diese Nachteile und lehnte die Individualbesteuerung im März 2026 mit 60 Prozent Nein-Stimmen ab. Leider überstimmte uns damals die restliche Schweiz. Packen Sie jetzt die Chance und stimmen Sie am 29. November der Fairness-Initiative zu.

Regula Streckeisen, 8590 Romanshorn, Präsidentin EVP Romanshorn-Salmsach

Das ist ein Schlag ins Gesicht

«Rote Karte freut Sozialdirektor»
Ausgabe vom 30. Oktober

Regierungsrat Urs Martin und ich haben gemeinsam, dass wir beide dankbarerweise Ende Monat einen Lohn haben, der zum Leben reicht und wir beide im Kanton Thurgau wohnen. Doch danach ist wohl Schluss. Die Aussagen im Artikel dieser Zeitung sind ein Schlag ins Gesicht an alle meine Freunde, die nicht auf der Sonnenseite leben und von der thurgauischen Sozialhilfe abhängig sind. Es ist ein Schlag ins Gesicht an all jene, die auf privater Basis Gastgebende sind und Leuten in finanzieller Not beistehen, sie begleiten und unterstützen. Wer so gegenüber einer Studie austeilt und sich darüber noch freuen kann, handelt unreflektiert und einseitig. Herr Martin ist aus meiner Sicht dieses verantwortungsvollen Amtes nicht mehr würdig und nicht mehr tragbar.

Hanspeter Rissi, 8280, Kreuzlingen

Welchem Kompass sieht sich die Regierung verpflichtet?

Unweigerlich lassen die Erläuterungen unseres Regierungsrates Urs Martin an den letzten Abschnitt der Präambel der schweizerischen Bundesverfassung denken, welcher festhält, «und dass die Stärke des Volkes sich misst am Wohl der Schwachen». Aktuell scheint im Kanton Thurgau nur klar, dass unklar ist, welchem Kompass sich der Regierungsrat verpflichtet sieht. Gerade in diesen Tagen, in welchen sich in unseren Nachbarländern Frankreich und Deutschland die angestaute Frustration und die unzähmbare Zerstörungswut in erschreckendem Ausmass auf der Strasse manifestieren, stellt sich die Freude unseres Urs Martin über die restriktive Umsetzung des Sozialhilfegesetzes als befremdend wenn nicht sogar realitätsfern dar.

Um die tatsächlichen Thurgauer Verhältnisse differenzierter und realitätsnah beurteilen zu können, rege ich an, dass Regierungsrat Urs Martin – vielleicht sogar zusammen mit seinen Regierungsratskollegen und -kolleginnen – jährlich während zwei Wochen in den jeweiligen Fachgebieten der Departemente Vor-Ort-Arbeit leistet. Vielleicht springt dann auch die Kompassnadel wieder etwas mehr weg von «formalistisch» und zeigt lebensfroh mehr in Richtung «menschlich».

Edith Schramm, 8575 Bürglen

Zynische Haltung

Was Urs Martin so positiv darstellt – tiefe Kosten und Gemeindeautonomie – entsteht durch seine zynische Haltung, durch die notleidende Menschen davon abgehalten werden, ihnen zustehende Leistungen einzufordern; gleichzeitig verhindert sie, dass genügend Betreuungsnetze entstehen, weil jede Gemeinde einen eigenen Tarif haben darf, und sich diese Tarife teilweise im Bereich von 50 Rappen bewegen, wo der Kanton Zürich für gleiche Leistungen über 50 Franken bezahlt; so etwa im Bereich der psychiatrischen Spitex, wo gut ausgebildete Fachkräfte fehlen, weil sie nicht fair bezahlt werden und lieber im Kanton Zürich arbeiten. Die Folge ist, dass die Menschen hier keine Betreuung erhalten (weil die öffentlichen Spitex-Organisationen völlig überlastet sind), dafür aber dann häufiger in psychiatrische Kliniken eintreten, wo ein Tag so viel kostet wie Spitex für einen Monat. Solch falschen Anreize kann ich mir nur mit Dummheit, bewusstem Zynismus (hoffentlich verschwinden diese Patienten aus dem Kanton) oder dem bewussten Versuch, private Spitex-Organisationen zu verunmöglichen und dafür die Betten der ansässigen Kliniken zu füllen. Ich schäme mich für diese Haltung meines Kantons und erwarte von der Politik, hier endlich aufzuräumen.

Daniel P. Wiedmer, 8500 Frauenfeld

Politische Macht verpflichtet

Mit grossem Befremden haben wir, das feministische Kollektiv Thurgau, das Interview mit Regierungsrat Urs Martin im Beobachter gelesen.

Dass sich der zuständige Regierungsrat über das schlechte Abschneiden des Kantons Thurgau in einer wissenschaftlichen Untersuchung zur Sozialhilfe freut, macht uns fassungslos. Die Studie zeigt auf, dass die rechtlichen Rahmenbedingungen im Thurgau Menschen in Not den Zugang zur Sozialhilfe massiv erschweren und Betroffene systematisch unangemessen behandelt werden.

Anstatt diese Erkenntnisse ernst zu nehmen und die Praxis kritisch zu hinterfragen, erklärt Urs Martin das schlechte Abschneiden kurzerhand zum Erfolg. Besonders stossend ist das Machtverständnis, das in den Aussagen von Urs Martin zum Ausdruck kommt. Menschen in existenziellen Notlagen sind vom Staat abhängig – eine Position, die die Behörden zu besonderer Sorgfalt verpflichtet. Wer jedoch Abschreckung in Kauf nimmt und tiefe Bezugszahlen als Erfolg feiert, nutzt diese Abhängigkeit aus. Eine tiefe Sozialhilfequote ist kein Beweis für eine erfolgreiche Sozialpolitik. Sie kann auch bedeuten, dass Menschen aus Scham, Angst oder aufgrund institutioneller Hürden auf Unterstützung verzichten, die ihnen rechtlich zusteht. Als Einwohnende dieses Kantons erwarten wir von Regierungsrat Urs Martin, dass er seine Verantwortung gegenüber allen Menschen im Thurgau wahrnimmt. Wir erwarten, dass sich der Kanton an fachlichen Standards orientiert, wissenschaftliche Erkenntnisse ernst nimmt, unverhältnismässige Sanktionen überprüft und sicherstellt, dass betroffene Menschen einen fairen und würdevollen Zugang zu den ihnen zustehenden Leistungen erhalten. Der Sozialstaat hat nicht den Auftrag, möglichst wenige Menschen zu unterstützen, sondern sicherzustellen, dass Menschen in Not die Hilfe erhalten, die ihnen zusteht. Diese Verantwortung fordern wir von unserer Regierung ein.

Stephanie Karrer (im Namen des feministischen Kollektivs Thurgau), 8500 Frauenfeld

Thurgauer Zeitung

Verleger: Peter Wanner.
CEO: Michael Wanner.
Chefredaktor CH Media: Patrik Müller (pmü).
Leiter Publishing: Thomas Wegmann.
Chief Product Officer: Mathias Meier.
Werbemarkt: Stephan Gartenmann, Paolo Placa.
Nutzermarkt: Alexander Nitzsche, Michelle Pinnow.

Redaktion Thurgauer Zeitung
Chefredaktion: David Angst (da, Chefredaktor TZ), Peter Exinger (pex, Stv., Blattmacher), Sabrina Bächi (sba, Stv., Leiterin Kanton Thurgau).
Kanton Thurgau: Sabrina Bächi (sba), Tobias Hug (toh), Viviane Vogel (viv).
E-Mail: thurgau@chmedia.ch.
Regionalsport: Matthias Hafen (mat).
E-Mail: sport@chmedia.ch.

Lokalressorts
Standort Frauenfeld Leiter: Samuel Koch.
Frauenfeld / Untersee: Samuel Koch (sko), Livia Gamper (lig). E-Mail: frauenfeld@chmedia.ch, unterseerhein@chmedia.ch.
Hinterthurgau: Olaf Kühne (kuo), Francesca Stemer (fra).
E-Mail: hinterthurgau@chmedia.ch.
Adresse: Schmidgasse 7, 8501 Frauenfeld, Telefon 052 728 32 32, E-Mail: redaktion-tz@chmedia.ch.
Standort Arbon Leiter: Markus Schoch.
Amriswil / Bischofszell: Manuel Nagel (man), Sheila Eggmann (shi).
E-Mail: amriswil@chmedia.ch, E-Mail: bischofszell@chmedia.ch.
Arbon / Romanshorn: Markus Schoch (mso), Judith Schönenberger (sju).
E-Mail: arbon@chmedia.ch, romanshorn@chmedia.ch.
Adresse: Schmiedgasse 6, 9320 Arbon, Telefon 071 447 60 60.
Standort Weinfelden Leiter: Thomas Martens (tom).
Weinfelden: Thomas Martens (tom), Carina Majer (cam), Sara Niederer (nsa).
E-Mail: weinfelden@chmedia.ch.
Kreuzlingen: Thomas Martens (tom), Stefan Borkert (bor),
E-Mail: kreuzlingen@chmedia.ch.
Adresse: Rathausstrasse 18, 8570 Weinfelden, Telefon 071 626 07 07.

Redaktion St. Galler Tagblatt
Chefredaktion: Stefan Schmid (ssm, Chefredaktor), Jürg Ackermann (ja, Stv., Tagesleiter), David Angst (da, Chefredaktor Thurgauer Zeitung), Noemi Heule (nh, Stv., Tagesleiterin), Daniel Walt (dwa, Stv., Leiter Online).
Ressortleitungen: Christina Genova (gen, Ostschweizer Kultur), Michael Genova (mge, Ostschweiz), Thomas Griesser (T.G., Wirtschaft Ostschweiz), Patricia Loher (pl, Sport), Julia Nehmiz (miz, Appenzeller Zeitung), Simon Dudle (sdu, Toggenburger Tagblatt und Wiler Zeitung), Yvonne Stadler (ys, Produktion und Gestaltung), Daniel Wirth (dwi, St. Gallen / Gossau / Rorschach).
Adresse: Fürstenlandstrasse 122, 9001 St. Gallen, Telefon: 071 272 77 11, E-Mail: zentralredaktion@tagblatt.ch.

Zentralredaktion CH Media
Chefredaktion: Doris Kleck (dk, Chefredaktorin), Yannick Nock (yno, Stv., Leiter Online), Raffael Schuppisser (ras, Stv., Leiter Kultur, Leben, Wissen).
Leitung Produktion & Services: Robert Bachmann (bac).
Ressortleitungen: Inland und Bundeshaus: Michael Graber (mg, Co-Leitung), Lea Hartmann (lha, Co-Leitung); Ausland: Fabian Hock (fho, Ressortleiter); Wirtschaft: Florence Vuichard (fv, Ressortleiterin); Kultur: Raffael Schuppisser (ras, Ressortleiter); Leben/Wissen: Sabine Kuster (kus, Teamleiterin); Sport: François Schmid (fsc, Ressortleiter).
Adresse: Neumattstrasse 1, 5001 Aarau, Telefon: 058 200 58 58, E-Mail: redaktion@chmedia.ch.

Service
Abonnemente und Zustelldienst: Telefon 058 200 55 55.
Technische Herstellung: CH Media Print AG, Im Feld 6, Postfach, 9015 St. Gallen.
Anzeigen: CH Regionalmedien AG, Thurgauer Zeitung, Schmidgasse 7, 8501 Frauenfeld, Telefon 052 728 32 16, E-Mail: inserate-thurgauerzeitung@chmedia.ch.
Auflage und Leserzahlen: Thurgauer Zeitung: Verbreitete Auflage: 19 904 Ex. (WEMF 2026). Gesamtausgabe St. Galler Tagblatt: Verbreitete Auflage: 68 047 Ex. (WEMF 2026). Davon verkaufte Auflage: 65 747 Ex. (WEMF 2026). Leser: 209 000 (MACH Basic 2026-2). Verbreitete Auflage Gesamtausgabe CH Media: 237 137 Ex. (2026). Davon verkaufte Auflage: 226 247 Ex. (WEMF 2026).
Herausgeberin: CH Regionalmedien AG, Neumattstrasse 1, 5001 Aarau. Die CH Regionalmedien AG ist eine 100-prozentige Tochtergesellschaft der CH Media Holding AG.
Ombudsmann CH Media: Hans Fahrländer, ombudsstelle@chmedia.ch CH Regionalmedien AG, Ombudsstelle, Neumattstrasse 1, 5001 Aarau.

ch media

Stadtpräsident Weingart schlägt Alarm

Am Infoanlass der Stadt Bischofszell sowie der Volksschulgemeinde präsentierten die beiden Körperschaften ihr Budget für das Jahr 2027.

Manuel Nagel

Betrachtet man die Eckdaten des Budgets der Stadt Bischofszell, könnte man denken, alles sei in bester Ordnung. Finanzverwalter Pascal Eichmann rechnet für das Jahr 2027 mit einem Plus von 851'102 Franken bei gleichbleibendem Steuerfuss von 68 Prozent und geplanten Nettoinvestitionen von 2,93 Millionen. Doch die Zukunftsaussichten für die Rosenstadt seien alles andere als rosig, warnt Stadtpräsident Thomas Weingart. Aber dazu später.



Bischofszells Finanzverwalter Pascal Eichmann und Stadtpräsident Thomas Weingart. Bild: Manuel Nagel

Bischofszell hält nicht Schritt mit dem Kanton

Positiv auf den budgetierten Gewinn von fast einer Million wirken sich die prognostizierten Steuereinnahmen von 8,40 Millionen aus. Das sind 445'000 Franken mehr als noch im Vorjahr. Und dennoch hält die Steuerkraft in Bischofszell nicht Schritt mit dem Thurgauer Durchschnitt, weshalb auch der Finanzausgleich des Kantons um 700'000 Franken auf 2,40 Millionen ansteigen dürfte. «Wir sind sozusagen sozialhilfeabhängig vom Kanton», bringt es Eichmann plakativ auf den Punkt. Ein Schicksal, das Bischofszell mit den anderen drei Städten im Oberthurgau teilt. Ohne Finanzausgleich, läge laut Eichmann der Steuerfuss von Bischofszell etwa 20 Prozentpunkte höher.

Dies ist jedoch kein Eigenverschulden der Stadt, sondern hat auch mit der Struktur der Bevölkerung zu tun. Rund drei Viertel der Kosten sind gesetzlich festgelegt und können nicht beeinflusst werden. So steigen 2027, verglichen mit diesem Jahr, allein die Kosten in der Sozialhilfe und im Asylwesen um weitere 400'000 Franken an. Auch für die individuellen Prämienverbilligungen (IPV) wird Bischofszell 117'000 Franken mehr als noch im laufenden Jahr aufwenden müssen.

Keine Gesamtsanierung des Schwimmbads

Doch schon in etwas mehr als einem Jahr ziehen düstere Wolken auf über Bischofszell. Gemäss Finanzplan schreibt man 2028 noch eine rote Null, ab 2029 gibt es dann aber ein strukturelles Defizit mit jährlichen Verlusten von 0,94 bis 1,23 Millionen Franken. Wie alle anderen Gemeinden auch wird der Wegfall der Liegenschaftensteuer und des Eigenmietwerts ein grosses Loch in die Stadtkasse reissen.

Verschärft wird das Szenario dadurch, dass die Stadt langfristig von 2027 bis 2036 Investitionen von 36 Millionen Franken eingeplant hat. Bis in zehn Jahren würde die Nettoverschuldung Bischofszells auf rund 3300 Franken pro Einwohner ansteigen. «Eigentlich müssten wir den Steuerfuss um zehn Prozentpunkte erhöhen», gab Stadtpräsident Weingart zu bedenken. Angesichts dieser Herausforderungen vor der Brust entschied sich nun der Stadtrat, Investitionen von mehr als sieben Millionen zu streichen. Die kostspieligsten dieser insgesamt zehn Projekte wären die Innensanierung des Rathauses (1,54 Millionen), deren Gebäudehülle (0,84 Millionen) sowie die Totalsanierung des Werkhofs (1,265 Millionen) gewesen.

Auch die Gesamtsanierung des Schwimmbads für mehr als eine halbe Million wird deshalb nicht wie geplant, sondern nur punktuell durchgeführt, wo es gerade unabdingbar ist. Dennoch sei der verzichtbare Anteil der Investitionen zu klein, um alles ins Lot zu bringen. Der Stadtrat fährt nun eine Finanzstrategie, bei der grundsätzlich auf neue, gesetzlich nicht vorgeschriebene Aufgaben verzichtet wird. Eine Erhöhung des Steuerfusses lasse sich aber trotz Einsparbemühungen nicht vermeiden, beschönigte Weingart nichts und sagte passend zur Jahreszeit: «Es wird Winter – wir müssen uns warm anziehen.»

Mehr Finanzkompetenz für die Schulbehörde

Das Budget der Volksschulgemeinde Bischofszell sieht ein Minus von 49'900 Franken vor. Der Steuerfuss – nach Horn und Tägerwilen dritttiefster im Kanton – bleibe bei 90 Prozent, betont Schulpräsidentin Corinna Pasche-Strasser. Darüber wird am 10. Dezember in der Aula Sandbänkli abgestimmt. Bereits elf Tage zuvor werden die Schulbürger der VSG jedoch zur Urne gerufen. Am 29. November findet die Ersatzwahl in die Schulbehörde statt, und es wird zudem über die neue Gemeindeordnung (GO) der VSG sowie über den Heizungsersatz im Schulhaus Hoferberg abgestimmt. Für den Austausch der Ölheizung mit einer neuen Erdsonden-Wärmepumpe werden 560'000 Franken veranschlagt.

Diese Abstimmung kommt an die Urne, weil die Finanzkompetenz der Behörde nur bis zu einer halben Million reicht. Genau das soll sich mit der neuen GO ändern. Die Grenze läge neu bei einer Million, obschon der Kanton gar zwei Millionen empfiehlt, doch man habe sich bewusst für eine tiefere Limite entschieden, sagt Pasche. Dies ist die wichtigste Änderung in der neuen Gemeindeordnung, die aus dem Jahr 2005 stammt und mittlerweile überholt ist. Bei Annahme durch die Schulbürgerschaft wird die neue GO am 1. Januar 2027 in Kraft treten.

Neues Reglement nach drohendem Aus des Markts

An der Gemeindeversammlung vom 2. Dezember stimmt die Stadt auch über die Totalrevision des Marktreglements ab. Nachdem ein Aus des Frühlingsmarkts zur Diskussion stand, haben sich Bischofszell und der Schweizerische Marktverband auf eine Leistungsvereinbarung einigen können. Dieser organisiert inzwischen Frühlings- und Martinimarkt, was die Stadt entlastet. Advents-, Rosen-, Oster- und Flohmarkt organisiert weiterhin die Stadt. Die Revision soll laut Stadtrat klare Zuständigkeiten schaffen, den Vollzug vereinfachen und die organisatorischen Grundlagen den heutigen Anforderungen anpassen. *(man)*

Rücktritt aus der Schulbehörde

Arbon Nach acht Jahren als Behördenmitglied der Primarschulgemeinde (PSG) Arbon, hat sich Feliciano Gervasi aus persönlichen Gründen entschieden, per 30. November zurückzutreten. Gervasi ist seit 2018 in der Behörde der PSG Arbon. Mit seinem beruflichen Hintergrund als Architekt war er für das Ressort Bau und Liegenschaften zuständig. In diesen Zeitraum fielen grössere Projekte wie der Doppelkindergarten Bergli oder die Sanierung und Ergänzung des Schulcampus Stacherholz. Diesen Sommer konnte auch die umfangreiche Sanierung der ABC-Dreifachsporthalle Stacherholz abgeschlossen werden. Ausserdem war Feliciano Gervasi für die PSG Arbon in mehreren städtischen Kommissionen.

Die Ersatzwahl wird auf den 28. Februar 2027 angesetzt, der Amtsantritt des neuen Behördenmitglieds ist per 1. April vorgesehen. Ein allfälliger zweiter Wahlgang würde am 6. Juni zusammen mit der Abstimmung über die Jahresrechnung 2026 durchgeführt und der Amtsantritt entsprechend verschoben. Die laufende Legislatur dauert noch bis zum 31. Juli 2029. *(red)*

Beitrag in Millionenhöhe

An der Sanierung der Mehrzweckhalle Kradolf soll sich auch die politische Gemeinde beteiligen.

Georg Stelzner

Es kommt nicht oft vor, dass eine Körperschaft einer anderen finanziell unter die Arme greift. Zu einer Ausnahme könnte es im Hinblick auf die im Rahmen einer Schulraumerweiterung geplante Sanierung der Kradolfer Mehrzweckhalle kommen. Das Gebäude ist im Besitz der Volksschulgemeinde (VSG) Region Sulgen und hat bereits mehr als vier Jahrzehnte auf dem Buckel.

Die Gesamtkosten für die Schulraumerweiterung und die Hallensanierung werden auf rund 15,8 Millionen Franken veranschlagt. Vorgesehen ist, dass die Politische Gemeinde Kradolf-Schönenberg 1,5 Millionen Franken beisteuert; einen entsprechenden Kredit beantragt der Gemeinderat.



Der Eingang zur Kradolfer Mehrzweckhalle befindet sich auf dem Areal der Primarschule. Bild: Georg Stelzner

Halle dient nicht nur schulischen Zwecken

Die Mehrzweckhalle dient nicht nur schulischen Zwecken, sondern steht auch der Bevölkerung für öffentliche Veranstaltungen zur Verfügung. «Das Vereinsleben ist ein wesentlicher Pfeiler unserer Gemeinde», begründet der Gemeinderat seinen Antrag. Zahlreiche Vereine würden einen unschätzbaren Beitrag für den Zusammenhalt, die Integration und die Lebensqualität in Kradolf-Schönenberg leisten. Der Gemeinderat erinnert an die zahlreichen Veranstaltungen von Vereinen sowie die politischen, kulturellen und sportlichen Anlässe, die dank des Entgegenkommens der Volksschulgemeinde regelmässig in der Mehrzweckhalle stattfinden können. Die Investition von 1,5 Millionen Franken stärke das gesellschaftliche Leben langfristig und schaffe die Voraussetzungen dafür, dass auch künftige Generationen in den Genuss eines attraktiven Dorflebens kommen.

An den Besitzverhältnissen wird sich nach Abschluss der Sanierungsarbeiten nichts ändern. Die Mehrzweckhalle bleibt zur Gänze im Eigentum der VSG. Die beantragten 1,5 Millionen Franken stellen lediglich einen begrenzten, einmaligen Baukostenbeitrag der politischen Gemeinde dar. Es handelt sich um «ein Projekt mit nachweisbarem Nutzen und einem Nutzungsrecht für die Bevölkerung ausserhalb der schulischen Aktivitäten», stellt der Gemeinderat in der Botschaft zuhanden der Gemeindeversammlung fest.

Ein Nein würde am Projekt nichts ändern

Der Beitrag der Politischen Gemeinde Kradolf-Schönenberg soll hälftig in zwei Tranchen (2027/2028) über die Investitionsrechnung verbucht werden, wobei 1,2 Millionen Franken als Baubeitrag und 300'000 Franken für Anlagen mit kürzerer Lebensdauer abgeschrieben werden. Daraus ergibt sich eine jährliche Abschreibung von rund 56'000 Franken.

«Sollte die Gemeindeversammlung von Kradolf-Schönenberg den Baukostenbeitrag von 1,5 Millionen Franken ablehnen, hätte dies grundsätzlich keine Änderung am geplanten Projekt zur Folge», sagt Schulpräsidentin Andrea Müller. Abstriche am Projekt oder Anpassungen am Zeitplan seien in einem solchen Fall nicht vorgesehen. Ein Nein zum Baukostenbeitrag würde bewirken, dass die VSG den Brutto-Baukredit von 14,82 Millionen vollständig finanzieren müsste. Bei einem Ja reduziert sich die finanzielle Belastung der VSG entsprechend um 1,5 Millionen Franken. Für die Betrachtung der gesamten Projektfinanzierung sind laut Müller zusätzlich die bereits genehmigten Projektierungskosten von 1,08 Millionen Franken zu berücksichtigen. Diese seien in der Abschreibungsplanung der VSG bereits eingerechnet und nicht Bestandteil des zur Abstimmung gelangenden Brutto-Baukredits.

Hinweis

Der Baukostenbeitrag der Politischen Gemeinde Kradolf-Schönenberg steht am 25. November an der Gemeindeversammlung zur Diskussion. In der VSG Region Sulgen wird am 30. November – ebenfalls an der Gemeindeversammlung – über den Brutto-Baukredit entschieden.